

# Wöchliche



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Venzler.  
Druck: (in Anst. d. Ullstein) C. Mich. Koenig, (Inverl.)  
Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein, Amt Dönhofs 8600-8604.  
Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 8596-8600. Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Posenchekkonte Berlin 660.

## Rückkehr zur Mitte.

### Das Hamburger Ergebnis.

Wochendienst der „Börsigen Zeitung“.

\* Hamburg, 27. Oktober.

Die Wahlen zur Hamburger Bürgerliste haben als wichtigstes Ergebnis die scharfe Abkehr vom Sozialismus und die Rückkehr zur Mitte erbracht.

Die einzige Partei, die trotz weit geringerer Wahlteilnahme einzeln absoluten Zuwachs erzielte, ist die Sozialdemokratie. Während die Kommunisten rund 37 000 Stimmen verloren, haben die Sozialdemokraten annähernd 100 000 Stimmen gewonnen. Auch die Sozialrepublikaner als der Zusammenbruch der extremen Parteien die Niederlage der Sozialdemokratie, die diesmal kaum ein Drittel ihrer Stimmzahl noch Mal erhielten. Aber auch die Deutschnationalen haben sehr stark abgenommen; sie haben relativ und absolut einen starken Rückgang erlitten. Insgesamt haben die drei Oppositionsparteien nicht weniger als 91 000 Stimmen eingebüßt, nämlich die Kommunisten 33 000, die Deutschnationalen 30 000 und die Börsigen 28 000. Diese gut haben die Demokraten abgeholt, und zwar trotz der Unterstützung von „Berliner“ des „Mittelstandes“ und der „Wahlberechtigten und der Gewerbetreibenden. Es werden in den neuen Bürgerliste unendlich „Berliner“ Stimmkreise sein wie in den bisherigen Stadtparlamenten, das 1921 gewählt worden war. Es ist die „Berliner“ Partei, als die Deutsche Bürgerliste, die mit der Bürgerliste in den Wahlkampf zog, die im Jahre 1921 in Hamburg die bisherige Regierung bestritt, war, statt 31 Vertreter nur noch 22 stößt.

Es haben erhalten:

Sozialdemokraten . . . . .	174 522
Deutschnationale . . . . .	91 781
Kommunisten . . . . .	78 842
Deutsche Volkspartei . . . . .	73 882
Demokraten . . . . .	73 882
Börsige . . . . .	13 412
Zentrum . . . . .	8 568
Werteverbände . . . . .	6 982
Gewerbetreibende . . . . .	6 652
Wohnungsgenossen . . . . .	4 400
Grünbacken . . . . .	2 738
Fremdwirtschaftler . . . . .	2 236
Unabhängige . . . . .	1 631
Landwirtschaftler . . . . .	289
Landvolk . . . . .	132

Das neue Hamburger Parlament zählt unter 160 Mitgliedern 53 Sozialdemokraten, 22 Demokraten und 4 Vertreter von Wählergruppen, die den Demokraten nahesteht. Dazu kommen

2 Vertreter des Zentrum, so daß die Linke mindestens die Hälfte aller Sitze erhält. Bedeutend mehr die Deutsche Volkspartei dazu, die im Senat durch mehrere Mitglieder vertreten war, so ergibt sich eine starke Mehrheit für die Fortführung des bisherigen Regierungskabinetts. Die Deutschnationalen erhalten 28 Vertreter, die Kommunisten 24, die Börsigen 4.

Von Persönlichkeiten, die über Hamburgs Rahmen hinaus bekannt sind, sind auf der demokratischen Liste gewählt: Senator Dr. Schumann, der Leiter der Deputation für Danzig, Schiffhändler und Gewerke, Senator Wölcke (Kaufmann), Senator Dr. Wählisch (Rechtsanwalt) der hantwirtsch. Versicherungsanstalt Danzig und Direktor Schütz von der Norddeutschen Versicherungsanstalt in Hamburg. Von Sozialdemokraten sind gewählt: Bürgermeister Stolten, der Präsident der bisherigen Bürgerliste Hof, Senator Krause (Oberbaudirektor), Senator Schumann (Polizei), Senator Gruenewald (Gesundheitswesen), Senator Grosse, Dr. Knack, Direktor des Barmbecker Kranenbaues. Die Deutsche Volkspartei entsandte wieder den Reichstagsabgeordneten Raftmann (Land), den Vorsitzenden des Reichsverbandes der früheren medienberühmten Reichstagsabgeordneten Dr. Pieper, Schriftleiter bei den deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“. Von den Deutschnationalen sieht u. a. der Redier R. Zeitz ins Parlament ein.

Das Ergebnis der Hamburger Wahlen ist ein günstiges Vorzeichen für die Entschärfung des 7. Dezember. Die Börsigen sind so gut wie erledigt, die Kommunisten werden froh sein, wenn sie die Hälfte ihrer Mandate behaupten können, und die Deutschnationalen erleben einen Rückgang der ihnen gerade in Hamburg doppelt empfindlich sein wird, wo es ihnen gelungen war, Einfluß auf führende Kreise der Industrie und des Handels zu gewinnen. Die drei Oppositionsparteien zahlen die Löhne der Hamburger Wahlen. Die Demokraten haben einen großen Erfolg erzielt. Es haben die Erwartungen ihrer Gegner, die ihnen „Berfall“ und ihre „Auflösung“ vorzeitig antizipierten, bitter enttäuscht. Insbesondere hat die Deutsche Volkspartei, die sie bereits als Urbild der Demokraten behauptete, erkennen müssen, daß ihre Rechnung falsch gewesen ist. Besonders merkwürdig ist auf den Bereich mit untauglichen Wählern, aus dem demokratischen Teil für sich Riesen zu schneiden. Erfolge können hier nur blühend durch den Kampf gegen die Deutschnationalen, deren Wähler in Massen abwandern. Wenn die Deutsche Volkspartei es verliert, ihre enttäuschten, nützlich gehalten, losgerenderten Gruppen für sich zu gewinnen, so könnte sie das Ziel, das sie durch den Anstoß an die deutschnationalen Politik angeblich erzielte, auf gerade m Weg erreichen: die Festlegung des einzigen Staates und die Sicherung einer arbeitsfähigen Mehrheit der Mitte.

## Strefemann und Erkelenz.

Für die Politik der Mitte.

Dr. Strefemann hat am Sonntag in Wilmshausen i. Th. gesprochen und dabei, nach dem Bericht der Telegraphen-Linien, behauptet, der demokratische Führer Erkelenz proklamieren den Anstoß der Demokratie nach links, unter Anstoß aller Parteien, die rechts vom Zentrum hängen. Demgegenüber hielt der Abg. Erkelenz fest, daß Dr. Strefemann durch einen ungenauen Bericht irreführt worden sei. „Ich habe nicht, so jagt Erkelenz, in Hamburg nur für die Politik der Mitte eingestrichelt, mit keinem Wort dafür, die einen linksüber zu machen und alle Beziehungen zur Deutschen Volkspartei abzubrechen. Das wiederhole, was ich unter erster Wahlauflauf gesagt hat: Wir kämpfen für die Politik der Mitte, wir kämpfen auch gegen die noch rechtsüber abgehende Deutsche Volkspartei. Wir wenden uns gegen die Politik des Herrn Strefemann. Wenn er wirklich auf die Mitte zurückgehen will, so ist das seine Sache, daß sie führen wie ja den Wahlkampf. Wir freuen uns darüber, daß Herr Strefemann schon jetzt aus dem Bereich der Wahlkampfes die Haltung preisgibt, die seine Freunde in den letzten Monaten eingenommen und die uns zu Reichstagsneuwahlen geführt hat. Wenn Strefemann und seine Freunde seine Thüringer Rede schon bisher zur Grundlage ihrer Politik gemacht hätten, wäre es gar nicht zur Reichstagsauflösung gekommen.“

## Der Kronprinz verläßt München.

Kronprinz Wilhelm hat entgegen seiner vorherigen Ankündigung, auf nach in die Schweiz zu gehen, München gestern abend wieder ver-

lassen und ist nach Oels abgereist. Kronprinzessin Cecilie wird sich noch einige Zeit in Bergeshagen aufhalten.

## Ehrenlegion für Menschenrechte.

\* Paris, 27. Oktober.

Die französische Regierung hat dem Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte Ferdinand Buisson die Würde eines Großoffiziers der Ehrenlegion verliehen.

## Santoffs Parteitag.

Wochendienst der „Börsigen Zeitung“.

\* Sofia, 26. Oktober.

Ministerpräsident Santoff gelang es heute, den Antrag zu erheben, daß seine Partei, die einen bedeutenden Teil des Mittelstandes in sich enthält, sondern auch auf dem Lande reichlich und daß der Versuch der Oppositionsparteien, sowohl der kommunistischen als auch der sozialistischen, durch Ansetzung von Unruhen ihre Stärke zu beweisen, nur darüber täuschen soll, daß ihre Anhängerschaft in ständigem Rückgang ist. Der Antrag, der heute vormittag unter Beteiligung von 700 Delegierten und über 10 000 Wähler aus der Provinz begann, wurde in einer Vorkonferenz unter freier Stimmentauschung dem Mittelstandes eine Resolution angenommen. Daran schloß sich eine große Manifestation in den Straßen Sofias. Radnützigen hielt Santoff zwei große Reden, in denen er auf die Notwendigkeit hinwies, die demokratische Politik immer mehr zu fördern, damit die Einheit und die Verbindung aller Bürger erfolge. Die Regierung müsse bekämpft werden, insbesondere die Parteilegung der Sozialdemokratischen Parteien zusammen werden.

## Das demokratische Zentrum.

Debattonen für Marx, Feherbach und Wirth. Reichsparteitag in Berlin.

Zu dem Reichsparteitag der Zentrumspartei, dessen Hauptverhandlungen heute morgen begannen, sind 300 Delegierte aus dem ganzen Reich und außerdem Vertreter aus dem Saargebiet, aus Danzig und zwei Abgeordnete der christlichsozialen Partei Österreichs zusammengetreten. Im Mittelpunkt stand eine große Rede des Reichstagsabgeordneten Marx, die mit demontionalen Beifall aufgenommen wurde. Sogar getampelt wurde, eine Befallsführung, die in diesen schönen Paule (der Partei) tagt im Reichstagsgebäude) noch nicht möglich ist.

Marx sprach (nach der früheren Zentrumspartei Feherbach). Er ging sofort auf die brennende Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts ein. Alsobald nach dem Zeitpunkt ist auch in der Zentrumspartei grundständig der Standpunkt durchaus geblieben worden, auch die Deutschnationalen geht zur Verantwortung heranzuziehen, weil dies die beste Kur für die Partei gemein wäre. (Seiterteil und Zustimmung.) Es hat sich aber herausgestellt, daß das — obwohl parlamentarisch gesehen in erster Linie die Deutschnationalen hätten herangezogen werden müssen — nicht möglich war, und zwar vornehmlich vom Standpunkt der auswärtigen Politik aus. Die Deutschnationalen haben eine Stellung angenommen, die es unmöglich machte, diese Partei heranzuziehen. Es konnte sich auch nicht um einen Kurstreich handeln, denn wenn eine Regierung sich den Dank des Volkes verdient hat, dann ist es die Regierung Marx gemein. (Stimmliche Zustimmung im ganzen Saale.)

Feherbach betont aber auch, daß ein Mißfall nach links nicht nur parlamentarisch untragbar, sondern aus politischen und faktuellen Bedenken heraus unmöglich gewesen wäre. Die Idee des Reichstagsabgeordneten, eine Volkseingemeinschaft zu schaffen, ist zwar nicht zur Vollendung gelangt, aber wenigstens ist erreicht worden, daß der Gedanke aus dem Gegenüber eingeschärft worden ist. Feherbach betont sich weiter unter dem lebhaften Beifall der ganzen Versammlung zu dem Wanner Schwarz-Port-Gold, als dem alten Reichstagsabgeordneten, um der sich auch in der Reichstagsabgeordneten Wirth immer gemannet haben. Was den kommenden Wahlkampf betrifft, so befürwortet Feherbach seine Schwächung der Partei. Die Partei habe sich in enklagensozialer Arbeit, ungedacht um Lohn und Spott, um scharfe Gegenwehr, ja um alles nur dem Dienste des Reiches und des Vaterlandes gewidmet, sie dürfe daher vertrauensvoll auf die Unterstützung des Volkes rechnen.

Nach Feherbach kommen die Zentrumsvorteiler aus Danzig und dem Saargebiete zu Worte.

Nachdem diese die Größe der von Deutschland notwendig getrennten ehemaligen Reichsgebiete überdrückt hatten, sprach der Reichstagsabgeordnete Schönbeger für dieses ehemalige deutsche Bundesland, dessen Schicksal dem des Deutschen Reiches in dieser schweren Zeit gleiche.

Nach einer kurzen Rede des bayerischen Zentrumsvorstandes Schöfer sprach der dritte Zentrumsvorstand Dr. Wirth. Als er der Redebeiträge tritt, zeigt es sich, wie die Stimmung dieser Versammlung ist, ein in den enklagensozialen Wirthes Reichstagsabgeordneten Wirth. Er tritt in seiner immer wieder vom höchsten Beifall unterbrochenen Rede für die Politik und die Person des Reichstagsabgeordneten ein, betont sich rückhaltlos vom Volkstand, zur Republik und erklart es für das höchste Ziel von Partei und Regierung, das wirtschaftliche Gedeihen des Volkes zu mildern, das eine Folge des verlorenen Krieges ist. Grundbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist aber die gezielte Festlegung der bisherigen Vorkonferenz und die Ablehnung jedes, wenn auch nur teilweise parlamentarischen Experiments, das keine Fortschritt bringt.

Wirth ist der letzte Redner des Vormittags. Um drei Uhr beginnen die Diskussionsarbeiten.

Am Auftakt zum Vortag sind am gestrigen Sonntag Besprechungen des enklagensozialen Verbandes unter Anwesenheit der Vorstehenden der Landes- und Provinzorganisationen statt. In diesen Besprechungen, die der amten Sonntag durhierten, eracht sich die Hebrerischeinmündung mit der Politik des Reichstagsabgeordneten Marx. Erörtert wurde auch die Frage der Reichsvereinigung mit der bayerischen Volkspartei. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß die Zeit für ein Zusammengehen der beiden Parteien noch nicht gekommen ist. Im jetzigen Wahlkampf hätte man den Anstoß der bayerischen Partei wohl als ein Zeichen für ein Ueberwinden der Feindschaften im Reichzentrum werten müssen.